

Satzung der Swing Connection Rostock

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- 1.1 Der Verein führt den Namen Swing Connection Rostock
- 1.2. Er hat seinen Sitz in Rostock und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Rostock eingetragen.
- 1.3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2 Vereinszweck

- 2.1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung und Pflege des Tanzsports. Dieser Satzungszweck wird verwirklicht durch regelmäßigen Tanzunterricht mit Trainern des Vereins, gelegentlichen Workshops mit externen Trainern sowie Tanzveranstaltungen zum gemeinsamen Üben.
- 2.2. Der Verein soll Mitglied des Stadtsporthund Rostock e.V. werden.
- 2.3. Der Verein verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

§3 Gemeinnützigkeit

- 3.1. Der Verein verfolgt im Rahmen von § 2 dieser Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 3.2. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 3.3. Alle Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins außer unter 3.6. geregelt.
- 3.4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- 3.5. Ausscheidende Mitglieder haben gegen den Verein keine Ansprüche auf Zahlung des Wertes eines Anteils am Vereinsvermögen.
- 3.6. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung darf der Verein Mitgliedern des Vorstandes oder Mitgliedern anderer Organe und Inhaber von Funktionen Aufwandsentschädigungen nach § 3 Ziffer 26 a EStG (Ehrenamtspauschale) bis zur dort festgesetzten Höhe zahlen.

§4 Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft:

- 4.1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche (und jede juristische) Person werden.
- 4.2. Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Bei Minderjährigen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.
- 4.3. Der Vorstand entscheidet nach freiem Ermessen, eine Mitteilung von Ablehnungsgründen an den Antragsteller ist nicht erforderlich. Gegen die Ablehnung des Vorstandes kann der Antragsteller innerhalb eines Monats Widerspruch einlegen. Über den Antrag entscheidet dann endgültig die Mitgliederversammlung.
- 4.4. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Mitteilung des Annahmebeschlusses wirksam.
- 4.5. Die aktiven und passiven Mitgliedern sind im Mitgliederverzeichnis aufgelistet.
- 4.6. Mit dem Tod des Mitglieds, Ausschluss oder Austritt endet die Mitgliedschaft.
- 4.7. Mitgliedschaft endet durch schriftliche Kündigung zum Ende eines Quartals unter Beachtung einer Kündigungsfrist von 4 Wochen.
- 4.8. Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn es trotz Mahnung länger als 6 Monate seinen Beitragsverpflichtungen nicht nachgekommen ist oder sich eines vereinsschädigenden Verhaltens schuldig gemacht hat. In diesem Fall hat der Vorstand das Mitglied vor dem Ausschluss anzuhören. Die Ausschlussentscheidung ist dem Mitglied per Einwurf/Einschreiben zuzustellen. Das Mitglied hat das Recht, binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Berufung beim Vorstand einzulegen. Über die Berufung entscheidet die Mitgliederversammlung.

4.9. Die Beendigung der Mitgliedschaft erfolgt dann durch die Streichung aus der Mitgliederliste.

4.10. Die Streichung des Mitglieds aus der Mitgliederliste erfolgt durch den Vorstand, wenn das Mitglied mit (6) Monatsbeiträgen in Verzug ist und diese Beiträge auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von 3 Monaten nach Absendung der Mahnung an die letztbekannte Anschrift des Mitglieds voll entrichtet sind. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden.

4.11. Die Mitgliedsbeiträge sind in der Beitragsordnung geregelt.

4.12. Neben der Mitgliedschaft im Verein gibt es eine nicht stimmberechtigte Fördermitgliedschaft. Die Fördermitgliedschaft gilt jeweils bis zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres.

4.13. Fördermitglied des Vereins kann jede natürliche (und jede juristische) Person werden.

§5 Aufnahmegebühren, Beiträge und Umlagen:

5.1. Aufnahmegebühren, Beiträge und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung der Höhe nach und hinsichtlich der Fälligkeit festgelegt; die Mitgliedsbeiträge sind Quartalsbeiträge und jeweils innerhalb des laufenden Quartals fällig.

5.2. Umlagen dürfen nur zur Erfüllung des Vereinszwecks beschlossen werden und zur Deckung eines größeren Finanzbedarfs des Vereins, der mit den regelmäßigen Beiträgen nicht erfüllt werden kann. Sie dürfen höchstens grundsätzlich nur bis zur Höhe von 25 % eines Jahresmitgliedsbeitrages erhoben werden.

§6 Organe des Vereins:

Organe des Vereins sind: die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§7 Mitgliederversammlung:

7.1. Die Mitgliederversammlung ist jährlich vom 1. Vorsitzenden unter Einhaltung einer Einladungsfrist von 14 Tagen, durch schriftliche Benachrichtigung oder E-Mail, einzuberufen.

7.2. Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung ist die vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung mitzuteilen.

7.3. Anträge zur Mitgliederversammlung müssen spätestens eine Woche vor dem Tag der Versammlung beim Vorstand eingegangen sein, um in die Tagesordnung aufgenommen werden zu können.

Abweichend von § 32 Absatz 2 Satz 2 BGB können später eingehende Anträge (ausgenommen Anträge auf Satzungsänderung) nur dann behandelt werden, wenn für deren Behandlung ein dringendes Regelungsbedürfnis noch in dieser Mitgliederversammlung besteht und dieses dringende Regelungsbedürfnis von mindestens 2/3 der anwesenden Mitglieder bejaht wird. Anträge, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, können nicht mehr behandelt werden.

7.4. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben: - Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, - Bericht des Vorstandes und Kassenbericht, - Bericht der Kassenprüfer, - Entlastung des Vorstandes, - Wahlen, - Festsetzung der Höhe von Aufnahmebeiträgen, Beiträgen und Umlagen, - Beschlussfassung über den Haushaltsplan, - Beschlussfassung über vorliegende Anträge.

7.5. Stimmberechtigt sind alle Vereinsmitglieder die nicht mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand sind. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

7.6. Die Mitgliederversammlung beschließt mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Satzungsänderungen und Beschlüsse über Auflösung und/oder Verschmelzung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Vereinsmitglieder.

7.7. Jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig ohne

Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.

7.8. Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem 1. Vorsitzenden, im Verhinderungsfall dem 2. Vorsitzenden; der Vorstand ist berechtigt, ggf. eine dritte Person mit der Versammlungsleitung zu betrauen.

7.9. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

7.10. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können jederzeit durch Beschluss des Vorstandes einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Bestimmungen für die ordentliche Mitgliederversammlung entsprechend.

§8 Vorstand:

8.1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem 1. Vorsitzenden und dem 2. Vorsitzenden. Als besonderer Vertreter des Vorstandes wird der Kassenwart benannt. Dieser verwaltet die Ein- und Ausgaben. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich entweder durch den 1. oder 2. Vorsitzenden (Vorstand gemäß § 26 BGB) vertreten.

8.2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer 1 Jahre gewählt. Er bleibt so lange im Amt, bis eine Neuwahl erfolgt. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, ist der Vorstand berechtigt, dieses Amt kommissarisch bis zur nächsten Mitgliederversammlung zu besetzen.

8.3. Die Vorsitzenden werden ermächtigt, Änderungen und Ergänzungen der Gründungssatzung vorzunehmen, die das Amtsgericht für die Eintragung in das Vereinsregister verlangt. Ausgenommen sind die Abstimmungsmehrheiten und den Anfall des Vereinsvermögens bei Auflösung.

§9 Haftung:

9.1. Mit Erwerb der Mitgliedschaft verzichtet jedes Mitglied auf alle Ansprüche, die ihm gegenüber dem Verein, aus Nachteilen durch die Teilnahme am Vereinsbetrieb, so auch Unfälle, entstehen können. Dieser Verzicht gilt, gleich, aus welchem Rechtsgrund Ansprüche gestellt werden können. Er erstreckt sich gleichzeitig auch auf solche Personen und Stellen, die aus dem Unfall selbständig sonst Ansprüche herleiten könnten.

9.2. Dieser Verzicht gilt nicht, soweit vorsätzliches Handeln zum Unfall bzw. zum Nachteil geführt hat. Dieser Verzicht gilt auch insoweit und in dem Umfang nicht, wie der Verein Versicherungen für das Mitglied abgeschlossen und/oder das jeweilige Risiko versichert hat.

9.3. Das Mitglied ist verpflichtet, sich über Umfang und Höhe der abgeschlossenen Versicherungen zu informieren und weiß, dass es sich auch auf eigene Kosten zusätzlich versichern kann, soweit eine Versicherung nicht oder nicht in dem Umfang besteht, die das Mitglied für ausreichend hält.

9.4. Die Mitglieder des Vorstandes werden bei der Ausübung ihrer Geschäftsführung von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt; das gilt auch für die Überwachung der Tätigkeit hauptamtlicher Geschäftsführer und aller übrigen Mitarbeiter.

§10 Datenschutz

10.1. Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.

10.2. Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:

- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO, - das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO und
- das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO.

10.3. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§11 Wegfall des Vereinszwecks / Auflösung / Verschmelzung des Vereins:

11.1. Die Auflösung oder Verschmelzung des Vereins kann nur auf einer ausdrücklich und ausschließlich zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden.

11.2. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 % der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Bei geringerer Anwesenheit muss eine neue Versammlung einberufen werden, die dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

11.3. Sämtliche Beschlussfassungen der hier in Rede stehenden Art müssen mit einer Mehrheit von 2/3 der erschienenen Mitglieder erfolgen.

11.4. Wird mit der Auflösung des Vereins nur eine Änderung der Rechtsform oder eine Verschmelzung mit einem gleichartigen anderen Verein angestrebt, wobei die unmittelbare ausschließliche Verfolgung des bisherigen Vereinszwecks durch den neuen Rechtsträger weiterhin gewährleistet wird, geht das Vereinsvermögen auf den neuen Rechtsträger über.

11.5. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Sportsportbund Rostock, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§12 Die vorstehende Satzung wurde am 18.10.2017 errichtet und am 30.5.2018 zuletzt geändert.